

Bundesamt für Energie
z. H. Herr Martin Michel
Sektion NE
3003 Bern

E-Mail: strategie-stromnetze@bfe.admin.ch

Zürich, 16. März 2015

Stellungnahme zur Vernehmlassung über die Strategie Stromnetze

Sehr geehrter Herr Michel

GastroSuisse ist mit rund 20'000 Mitgliedern aus allen Landesgegenden, organisiert in 26 Kantonalverbänden und fünf Fachgruppen, der führende gewerbliche Arbeitgeberverband für Hotellerie und Restauration. Gerne nehmen wir zur Vernehmlassungsvorlage über die Strategie Stromnetze wie folgt Stellung:

1. Allgemeine Haltung von GastroSuisse

GastroSuisse befürwortet die Erneuerung sowie den Um- und Ausbau des Stromnetzes, um den Anforderungen der unregelmässiger anfallenden Stromproduktion aus erneuerbaren Energien gerecht zu werden, und um Engpässe zu vermeiden.

Als Verband der Hotellerie und Restauration konzentrieren wir uns auf die ökonomischen Auswirkungen dieser Vorlage. Denn unsere Branche ist in hohem Masse von deren finanziellen Folgen betroffen. In der Restauration und in der Hotellerie machten 2012 die allgemeinen Betriebskosten, welche als sehr wesentlichen Bestandteil die Stromkosten umfassen, 11.6 % bzw. 13.6 % des Umsatzes aus. Insgesamt resultierte in der Restauration ein durchschnittlicher Betriebsverlust von 5.3 % des Umsatzes, bzw. von 5.9 % in der Hotellerie.

2. Haltung von GastroSuisse zu den steigenden Stromkosten

Die wirtschaftliche Situation der Branche ist seit der Aufhebung des Euro-Mindestkurses und der damit einhergehenden Frankenstärke noch prekärer geworden. Es ist wichtig, dass die Kosten möglichst tief gehalten werden können, um die Betriebe und deren rund 208'000 Mitarbeitenden nicht noch weiter in der Existenz zu gefährden. Momentan ist jedoch leider eine gegenläufige Tendenz zu beobachten. Immer mehr Abgaben im Zusammenhang mit dem Stromverbrauch belasten das Gastgewerbe.

Im 2008 wurde die Kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) eingeführt, welche die Stromproduktion aus erneuerbaren Energien fördern soll. Finanziert wird die KEV durch den bei den Stromverbrauchern erhobenen Netzzuschlag. 2008 betrug die Abgabe für die KEV 0.45 Rp./kWh. 2014 wurde die Abgabe auf 1.5 Rp/kWh erhöht. Im Zuge des ersten Massnahmenpakets der Energiestrategie 2050 soll gemäss dem Vorschlag des Bundesrates der Netzzuschlag für die KEV sogar bis auf 2.3 Rp./kWh erhöht werden können.

Folgende geplante Erhöhungen durch die Strategie Stromnetze sind daher abzulehnen:

- Durch die Strategie Stromnetze soll das Übertragungsnetz ausgebaut und erneuert werden. Dabei geht der Bundesrat von Kosten von bis zu 18 Milliarden aus. Diese Kosten werden durch die Netznutzungsentgelte, welche im Strompreis enthalten sind, finanziert. Gemäss der Botschaft zum ersten Massnahmenpaket Energiestrategie 2050 muss daher bis 2035 von einer Zunahme des Netznutzungsentgelts um rund 1 Rp./kWh ausgegangen werden (heute rund 10 Rp./kWh).
- Die gesellschaftliche Akzeptanz des notwendigen Netzausbaus soll erhöhen werden. Dafür ist es dienlich, wenn die Stromnetze vermehrt auf Erdverkabelungen statt auf, das Landschaftsbild beeinträchtigende, Freileitungen basieren. Bei einer weitgehenden Erdverkabelung im Rahmen von Erneuerung oder Ersatz werden gemäss dem Bundesrat bis 2050 Kosten von bis zu 10.5 Milliarden Franken anfallen. Dies ergibt gemäss dem Erläuternden Bericht (zur Vernehmlassungsvorlage) eine weitere Erhöhung der Netznutzungsentgelte um bis zu 0.55 Rp./kWh bis 2050.
- Zusätzliche Kosten können durch Ausgaben für angewandte Forschung und Entwicklung (Höhe ist noch zu bestimmen) entstehen, die dann den Netzkosten angerechnet werden (Art. 15 Abs. 3 StromVG). Der Erläuternde Bericht zur Vernehmlassungsvorlage rechnet langfristig mit einer Zunahme des Netznutzungsentgelts von rund 0.04 Rp./kWh (Frage 24).
- Zudem sollen Kosten, die den Netzbetreibern für Informationsmassnahmen entstehen, in Zukunft auf die Netzkosten anrechenbar sein (Art. 15 Abs. 2 lit. d StromVG). Da diese Kosten nicht in Zusammenhang mit dem Stromverbrauch stehen, ist GastroSuisse der Ansicht, dass diese Kosten klarerweise nicht den Netzkosten zugerechnet werden dürfen (Frage 23).

Gemäss Berechnungen der Eidgenössischen Elektrizitätskommission ElCom bezahlt ein mittlerer Betrieb 2015 18.1 Rp./kWh für den verbrauchten Strom. Durch diese Vorlage fallen insgesamt zusätzliche Kosten von 1.59 Rp./kWh an. Dadurch werden die Stromrechnungen der mittleren Betriebe um rund 8.8 % erhöht.

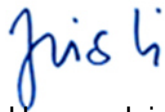
Trotz den hohen Abgaben für die KEV hat die Schweiz bei den Stromkosten gegenüber dem grenznahen Ausland bislang einen Standortvorteil. Die Stromkosten sind, im Vergleich zu den hohen Lohn- und Warenkosten, noch auf einem relativ angemessenen Niveau. Dies darf durch die Vorlage nicht gefährdet werden.

3. Haltung von GastroSuisse in der Zusammenfassung

GastroSuisse begrüsst die Erneuerung sowie den Um- und Ausbau der Stromnetzinfrastruktur durch die Strategie Stromnetze. Der Um- und Ausbau hat jedoch kostenneutral zu erfolgen. Es ist zudem zu berücksichtigen, dass die meisten Stromwerke im Besitz der öffentlichen Hand sind. Dies wirft die Frage auf, ob der Strompreis immer weiter erhöht werden soll. Das Gemeinwesen soll im Interesse von guten Rahmenbedingungen die konkurrenzfähigen Stromkosten beibehalten und daher auf Preisaufschläge verzichten. Strompreiserhöhungen durch gesteigerte Netzzuschläge sind aus unserer Sicht tabu und dürfen nicht zu einem Verlust des Standortvorteils gegenüber dem Ausland führen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse



Hannes Jaisli
Leiter Wirtschaft und Recht



Sabrina Ketterer
Wissenschaftliche Mitarbeiterin Wirtschaftspolitik

Strategie Stromnetze

Vernehmlassungsvorlage

Fragenkatalog

Antwortende Organisation: GastroSuisse

Inhalt

Szenariorahmen	2
Bedarfsermittlung	2
Nationales Interesse	5
Räumliche Koordination	5
Bewilligung Projekte	6
Überprüfung Kosteneffizienz	8
Öffentlichkeitsarbeit	8
Geodaten	8

Anleitung zum Ankreuzen der Fragekästchen:

- Nur eine Antwort pro Frage ankreuzen
- Doppelklick auf Kästchen und anschliessend „Aktiviert“ anklicken.

Szenariorahmen

1. Sind Sie damit einverstanden, dass der energiewirtschaftliche Szenariorahmen zukünftig als verbindliche Vorgabe für die Netzplanung durch die Netzbetreiber gesetzlich verankert werden soll?

Art. 9a Abs. 1 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

2. Sind Sie damit einverstanden, dass eine fixe Periodizität für die Überprüfung und die Nachführung des energiewirtschaftlichen Szenariorahmens gesetzlich verankert wird?

Art. 9a Abs. 4 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

3. Sind Sie damit einverstanden, dass 5 Jahre die richtige Periodizität für die Überprüfung und Nachführung des energiewirtschaftlichen Szenariorahmens ist?

Art. 9a Abs. 4 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Bedarfsermittlung

4. Sind Sie damit einverstanden, dass das N-O-V-A-Prinzip (Netz-Optimierung vor -Verstärkung vor -Ausbau) als Teil der technischen Netzplanungsgrundsätze gesetzlich verankert wird?

Art. 9d Abs. 2 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Planungsgrundsätze)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

5. Sind Sie mit der Definition des Einspeisepunktes für neue Produktionsanlagen einverstanden?

Art. 9c StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Planungsgrundsätze)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

6. Sind sie damit einverstanden, dass die Netzbetreiber der Netzebenen 3-7 bei der Bedarfsermittlung für einen angemessenen Einbezug der betroffenen Kantone, Gemeinden sowie weiterer Betroffene zu sorgen haben?

Art. 9e Abs. 2 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

7. Erachten Sie es als notwendig/sinnvoll, wenn für die Einreichung der Mehrjahrespläne durch die Netzbetreiber an die ElCom eine Frist gesetzlich verankert wird?

Art. 9b Abs. 1 StromVG

Erl. Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

8. Falls 7: ja; sind Sie damit einverstanden, wenn für die Einreichung der Mehrjahrespläne durch die Netzbetreiber an die ElCom eine Frist von 9 Monaten gesetzlich verankert wird? Falls nein, welche Frist (Anzahl Monate) erachten Sie als angemessen (bitte präzisieren)?

Art. 9b Abs. 1 StromVG

Erl. Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

9. Sind Sie damit einverstanden, dass die ElCom zukünftig die Mehrjahrespläne der Netzbetreiber prüfen und eine schriftliche Stellungnahme abgeben muss?
Bemerkung: Gemäss Art. 6 Abs. 1 lit. a StromVV sind die Verteilnetzbetreiber für Netze mit einer Spannung von 36 kV (Netzebenen 5 und 7) und weniger von der Erstellung von Mehrjahresplänen befreit, dementsprechend sind nur die Übertragungsnetzbetreiber und die Verteilnetzbetreiber betreffend die Netzebene 3 zur Erstellung von Mehrjahresplänen verpflichtet.

Art. 22 Abs. 2^{bis} StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

10. Erachten Sie es als notwendig/sinnvoll, wenn für die Prüfung der Mehrjahrespläne durch die ElCom eine Frist gesetzlich verankert wird (nach Einreichung)?

Art. 22 Abs. 2^{bis} StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

11. Falls 10: ja; sind Sie damit einverstanden, wenn für die Prüfung der Mehrjahrespläne durch die ElCom eine Frist von 9 Monaten nach Einreichung gesetzlich verankert wird? Falls nein, welche Frist (Anzahl Monate) erachten Sie als angemessen (bitte präzisieren)?

Art. 22 Abs. 2^{bis} StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Nationales Interesse

12. Erachten Sie es als zielführend, dass die Anlagen des Übertragungsnetzes von Gesetzes wegen von nationalem Interesse sind und der Bundesrat weiteren Anlagen der Verteilnetze von hoher Spannung (Netzebene 3) eine Bedeutung von nationalem Interesse zuerkennen kann?

Art. 15d Abs. 2 und 3 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.3 sowie 2.1

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Räumliche Koordination

13. Sind Sie damit einverstanden, dass für die Erstellung von Leitungen der Netzebene 1 auch in Zukunft grundsätzlich ein Sachplanverfahren durchgeführt werden muss?

Art. 15e EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.4 sowie 2.1

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

14. Erachten Sie es als notwendig, dass das bisher auf Verordnungsebene geregelte 2-stufige Sachplanverfahren (1. Schritt: Festsetzung Planungsgebiet, 2. Schritt: Festsetzung Planungskorridor und Bestimmung Übertragungstechnologie) neu auf Stufe Gesetz festgehalten wird? (bisher: Art. 1a – 1d der Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren für elektrische Anlagen; SR 734.25; VP eA)

Art. 15e – 15 j EleG

Erläuternder Bericht 1.2.2.4 sowie 2.1

☐ notwendig ☐ nicht notwendig ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Bewilligung Projekte

15. Erachten Sie es als zielführend, wenn für die Bewilligung von Leitungen des Übertragungsnetzes eine direkte Zuständigkeit des BFE vorgesehen wird?

Bemerkung: Im Rahmen der Strategie Stromnetze ist bislang noch keine Anpassung des betreffenden Artikels (Art. 16 Abs. 2 lit. b EleG) vorgesehen, sodass das BFE auch für Leitungen des Übertragungsnetzes (Netzebene 1) nur zuständig wird, sofern das Eidgenössische Starkstrominspektorat ESTI Einsprachen nicht erledigen oder Differenzen mit den beteiligten Bundesbehörden nicht ausräumen konnte.

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

16. Halten Sie es für notwendig, dass Leitungstrassen zur Sicherstellung von Aus- oder Umbauten einer bestehenden Leitung langfristig mit Baulinien gesichert werden können?

Art. 18b EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

17. Wie beurteilen Sie die Möglichkeit, dass das BFE verwaltungsexterne Personen mit der Durchführung von Plangenehmigungsverfahren beauftragen kann?

Art. 17a EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☐ zielführend ☐ nicht zielführend ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

18. Ist es aus Ihrer Sicht zielführend, dass die Genehmigungsbehörde auf Antrag der Übertragungsnetzbetreiberin Massnahmen auf unteren Netzebenen (wie Bündelung, Verkabelung) anordnen kann?

Art. 15b Abs. 2 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☐ zielführend ☐ nicht zielführend ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

19. Sind Sie der Meinung, dass ein Mehrkostenfaktor (Mehrkosten der Realisierung von Leitungsprojekten als Kabelvariante anstatt als Freileitung) eine geeignete und effiziente Massnahme für einen zeitgerechten Aus- und Umbau der Verteilnetze (NE 3-7) darstellt ?

Art. 15c EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

20. Sind Sie damit einverstanden, dass für den Mehrkostenfaktor eine gesetzliche Obergrenze festgelegt wird und die Festlegung des Mehrkostenfaktors unter Berücksichtigung definierter Kriterien (Verkabelungsgrad, Netznutzungsentgelt, Technologieentwicklung, Kosten Erdverkabelung) an den Bundesrat delegiert wird?

Art. 15c Abs. 2 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

21. Sind Sie mit der in Art. 15c Abs. 3 und Abs. 4 EleG formulierten Ausnahmeregelung bei der Festlegung des Mehrkostenfaktors einverstanden?

Art. 15c Abs. 3 und Abs. 4 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

22. Sollten aus Ihrer Sicht weitere Massnahmen zur Optimierung/Beschleunigung der der Bewilligungsverfahren ergriffen werden?

(Wenn Ja, bitte konkrete Vorschläge angeben)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Konkrete Vorschläge / Bemerkungen:

Überprüfung Kosteneffizienz

23. Sind Sie damit einverstanden, dass die Kosten der Netzbetreiber für Informationsmassnahmen anrechenbar sind?

Art. 15 Abs. 2 Bst. d StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.7 sowie 2.2 (Anrechenbare Netzkosten)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Da diese Kosten nicht in Zusammenhang mit dem Stromverbrauch stehen, ist GastroSuisse der Ansicht, dass diese Kosten klarerweise nicht den Netzkosten zugerechnet werden dürfen.

24. Inwiefern erachten Sie die Anrechenbarkeit von Kosten innovativer Massnahmen für intelligente Netze (bspw. Smart Grids) vor dem Hintergrund der Energiestrategie 2050 des Bundesrates als zielführend?

Art. 15 Abs. 3 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.7 sowie 2.2 (Anrechenbare Netzkosten)

☐ zielführend ☒ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Es kann nicht sein, dass gewinnorientierte Unternehmen notwendige Ausgaben für Forschung und Entwicklung vollumfänglich ihren Kunden anrechnen.

Öffentlichkeitsarbeit

25. Wie beurteilen Sie die gesetzliche Verankerung der Kompetenz des Bundes und der Kantone zur Information der Öffentlichkeit über zentrale Aspekte der Netzentwicklung und über die Mitwirkungsmöglichkeiten?

Art. 9f StromVG

Erläuternder Bericht 2.2 (Netzentwicklung und Öffentlichkeitsarbeit)

☐ zielführend ☐ nicht zielführend ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Geodaten

26. Erachten Sie es als sinnvoll, dass das BFE eine Gesamtsicht der elektrischen Anlagen erstellt und diese der Öffentlichkeit zur Verfügung stellt?

Art. 26a EleG

Erläuternder Bericht 2.1 sowie 5.5

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen: